

AKTUELLE FORDERUNG

Schuldirektoren auf Zeit

Die Bestellung von „Schuldirektoren auf Lebenszeit“ ist nicht mehr zeitgemäß. Die Leitungspersonlichkeit hat einen großen Einfluss auf die Qualität einer Schule. Trotz spürbarer Bemühungen um eine „unbeeinflusste“ Besetzung ist diese meist politisch motiviert. Ist eine Stelle einmal besetzt, bleibt das für Jahrzehnte einzementiert, kritisierte der Grazer Lehrer und Gemeinderat Andreas Fabisch, der die KPÖ im steirischen Landesschulrat vertritt.

Der Landtag hat auf Antrag der KPÖ schon vor einem



Andreas Fabisch, Lehrer und KPÖ Gemeinderat in Graz

Jahr eine entsprechenden Petition an die Bundesregierung beschlossen. „Im Zuge der wachsenden Selbstständigkeit der Schulen kann eine Schulleitung auf Zeit für mehr Transparenz und Demokratie sorgen. Schließlich haben auch der Bundeskanzler, der Bundespräsident oder Spitzenmanager ihre Führungspositionen nicht bis in alle Ewigkeit“, argumentiert Andreas Fabisch.

Die KPÖ hat vorgeschlagen, Schuldirektorinnen und -direktoren nur auf sechs Jahre zu bestellen. Danach soll die Stelle neu ausgeschrieben werden. Eine Wiederbestellung soll aber möglich sein. Dadurch könne die Leistung immer wieder diskutiert und verbessert werden.

E-VOTING GEFÄHRDET GEHEIMES WAHLRECHT

Angriff auf Demokratie

Bei den Hochschülerschafts-Wahlen im Mai soll E-Voting gegen den Widerstand der Studierendenvertretung eingeführt werden. Der Einsatz des Internet bei Wahlen ist jedoch weltweit umstritten, ist doch weder das Wahlgeheimnis gesichert noch sind Manipulationen auszuschließen.

Seit einigen Jahren betreibt die österreichische Regierung ein Programm, um den Einsatz von Computern und Internet bei Wahlen (E-Voting) zu etablieren. Im Mai soll bei den ÖH-Wahlen ein erster Testballon gestartet werden. Das freie, geheime und persönliche Wahlrecht ist damit ernsthaft gefährdet.

Es bildet sich bereits eine breite Front gegen Wahlen über das Internet. So sagt beispielsweise der Präsident

des Verfassungsgerichtshofes, Gerhart Holzinger, in der Kleinen Zeitung (9.1.09), dass er nicht daran glaube, dass das Wahlverhalten geheim bleibe. Schließlich könnten Computerexperten heutzutage alles nachvollziehen, was jemals gespeichert wurde.

Von unten erkämpft – von oben abgeschafft

Der renommierte Verfassungsjurist Heinz Mayer ruft zur Vorsicht auf. Sei das freie und geheime Wahlrecht noch mit viel Blutvergießen von unten erkämpft worden, soll das E-Voting nun von oben verordnet werden. Allein dieser Umstand reiche aus, um stutzig zu werden.

Der Politologe Peter Filzmaier meint, das Wichtigste an einer Wahl sei, dass die Bevölkerung auf die Rechtmäßigkeit des Ergebnisses vertraue. Dieses Vertrauen würde durch E-Voting massiv unterwandert werden, weil nur Experten



nachvollziehen könnten, ob alles rechtmäßig verlaufen ist. Auf der Internetplattform www.papierwahl.at gibt der Wiener TU-Professor, Peter Purgathofer, unter anderem zu bedenken, dass Softwarefehler niemals ausgeschlossen werden können und E-Voting-Systeme außerdem anfällig für Manipulationen sind.

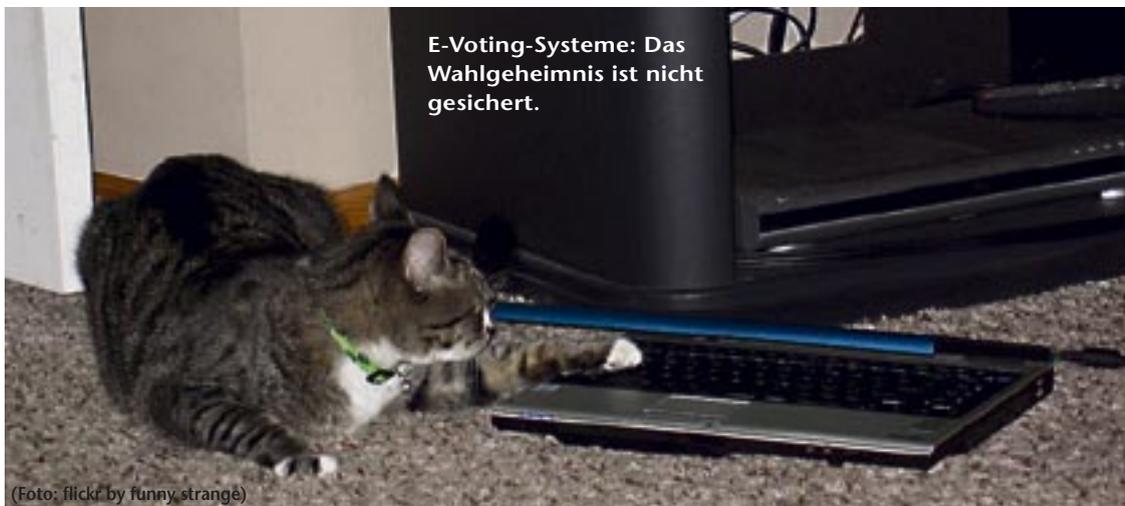
Der Widerstand gegen E-Voting seitens der ÖH ist groß. Noch im Frühjahr will man über 100.000 Euro für Gegenkampagnen ausgeben. Ob das etwas hilft, wird sich zeigen.

Robert Stein, der Verantwortliche für Wahlhandlungen im Innenministerium, will noch vor 2020 E-Voting bei Nationalratswahlen einführen. Und dafür braucht es möglichst rasch einen Probelauf, zum Beispiel bei ÖH-Wahlen.

Sebastian Wisiak (Bundesvorsitzender des KSV)



<http://www.papierwahl.at>



(Foto: flickr by funny strange)